

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Mißig, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Setzke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Dr. Mühlstraße 9. Fernsprecher 885.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtposten) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Einzelheft 2 Pf. In der Expedition und den Buchhandlungen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2 Mk. 25 Pf. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsgealtene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 304.

Nr. 149.

Magdeburg, Dienstag den 28. Juni 1904.

15. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich des Romans „Wahrheit“.

Siebenter Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie.

h. Augsburg, 26. Juni 1904.

Der siebente bayerische Parteitag ist mit 61 Delegierten besetzt; außerdem sind anwesend die Mitglieder der Landtagsfraktion und der drei Gauborstände. Dem Bericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, daß in Bayern zurzeit 25 454 Parteigenossen politisch organisiert sind.

In der Debatte über den parlamentarischen Bericht der Landtagsfraktion, den Abg. Franz Schmitt erstattet, begrüßt Kollwagen-Augsburg zunächst das unablässige Eintreten der Fraktion für die Arbeiter und Bediensteten der Staatsbüros, wenn diese Arbeit wohl auch wenig Lohn finden werde. Einige der jüngeren Mitglieder der Fraktion sollten sich daran gewöhnen, die Minister weniger um „Wohltun“ zu bitten, als vielmehr zu fordern. Redner regt schließlich an, daß die Fraktion für die Einführung des Zivildienstgesetzes eintreten solle.

Maurer-München warnt davor, den Versprechungen des Kriegsministers zu viel Glauben zu schenken. Dessen Haltung gegenüber der Heimarbeiterfrage sei eine durchaus tabulante. In der Debatte wird ferner lebhafteste Klage über Uebergriffe einzelner Bezirksämter und Polizeiverwaltungen gegenüber Arbeitervereinen geführt.

Schließlich wird einstimmig folgender Antrag angenommen: Siebente bayerische Parteitag erklärt sich mit der Tätigkeit der Landtagsfraktion vollständig einverstanden und anerkennt, daß sie Interessen der Partei wie des gesamten werktätigen Volkes allen Mühsalungen hin gewahrt hat.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Segitz über den Parteitag in Augsburg. Frage und Antwort folgen.

Der Parteitag spricht seine Enttäuschung darüber aus, daß die langjährige Arbeit der Sozialdemokratie zur endlichen Herbeiführung der direkten Wahl und anderer dringender Verbesserungen des Landtags-Wahlgesetzes im letzten Augenblick durch verbündeten Liberalen und Bauernbündler zu Schanden gemacht worden ist, und brandmarkt dieses Vorgehen als einen Verrat an den Interessen und den Rechten des bayerischen Volkes.

Der Parteitag ruft das Volk auf, die Reform des Wahlrechts nunmehr mit verdoppelter Kraft weiter zu betreiben und die endliche Entscheidung darüber zum Hauptpunkt der kommenden Landtagswahlen zu machen.

Der Parteitag fordert, daß die zu wählende Abgeordnetenkammer vor allem aus dem Gesichtspunkt der schleunigen Schaffung der Wahlreform zusammengesetzt werde, daß die Regierung sofort nach dem Zusammentritt des Landtags den Entwurf des neuen Wahlgesetzes wieder vorlege und daß nach dessen gescheiter Verhinderung die Kammer alsbald wieder aufgelöst werde, damit das Volk in die Lage komme, die neue Landesvertretung auf Grund eines besseren Wahlverfahrens zu bilden.

In diesem Sinne erklärt der Parteitag, daß die sozialdemokratische Partei, ihrer Ueberzeugung getreu, den Wahlkampf von allen übrigen Parteien unabhängig und in voller prinzipieller Schärfe führen, daß weiterhin aber mit allem Nachdruck dahin wirken wird, daß eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht.

Dr. W. Braun-Nürnberg schlägt vor, über die Resolution Segitz gar nicht erst in die Debatte einzutreten, sondern sie sofort zum Beschluß zu erheben. Er halte jedes Wort aufrecht, was er vor zwei Jahren über das Verhalten der Fraktion gesagt habe, aber bei der jetzigen Situation, die durch die Gegner geschaffen wurde, müsse gezeigt werden, daß die Partei völlig einig dastehet. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt und der Parteitag tritt in die Debatte über die Resolution ein.

Maurer-München, der im allgemeinen vollständig mit der Fraktion einverstanden ist, weil in keinem andern Parlament durch unsere Vertreter größere Erfolge erreicht wurden, meint, gegenüber der Regierung habe sich die Fraktion vielleicht nicht so klug verhalten, wie gegenüber den Liberalen, die gar nicht groß genug angepackt werden könnten. Zu tabeln sei, daß die Fraktion während der parlamentarischen Kämpfe nicht genug Fühlung mit den Genossen im Lande genommen habe.

Wollmar weist diesen Vorwurf Maurers zurück und bemerkt, daß die Fraktion wiederholt Konferenzen mit den Gauborständen abgehalten habe, in denen Richtlinien für das Verhalten der Fraktion festgelegt worden seien.

Die Resolution Segitz wird schließlich einstimmig angenommen.

Die weiteren Verhandlungen werden danach auf Montag früh vertagt.

Die Ärzte als Scharfmacher.

Der Deutsche Ärztebund trat am letzten Freitag, wie schon in Kürze gemeldet, zum sogenannten „deutschen Ärzteskongress“, dem 32., in Kassel zusammen, nachdem am Tage vorher der Wirtschaftliche Schutzverband des Deutschen Ärztebundes mit dem Sitz in Leipzig unter Ausschluß der Öffentlichkeit seine Generalversammlung abgehalten hatte, die sich eingehend mit dem Krankenticket in Leipzig, Köln, Mülheim a. Rh. und andern Orten beschäftigte. Bekanntlich hat der Leipziger Schutzverband in diesem wirtschaftlichen Kampf eine führende Rolle inne. Er lieferte den Kriegsfonds oder sucht ihn doch zusammenzubringen.

Für den ersten Tag des Ärztebundes waren freundlicherweise die Berichterstatter zugelassen. Wir geben aus den Berichten der bürgerlichen Presse die folgenden Proben wieder:

Nieder mit der Selbstverwaltung!

Um 9 Uhr früh eröffnete der 1. Vorsitzende des Deutschen Ärztevereinsbundes, Dr. Löbner-Böckum, die Verhandlungen. Er erwähnte hauptsächlich die Krankenkassenfrage. Daß dem einmütigen Zusammenstehen der Ärzte werde diese Frage nicht mehr aus der Öffentlichkeit verschwinden, solange nicht die berechtigten und außerordentlich mühselige Forderung der Ärzteschaft zur Durchführung gelangt sein würde. (Stürmischer Beifall.) „Wie lange noch hat sich“, so meint der Redner, „unser ganzes Gefühl und Empfinden gegen die uns aufgedrungenen Arbeitsbedingungen gekränkt, aber die Sozialdemokratie ist die letzte, die sich beklagen darf gegen die Anwendung eines Mittels, das sie selbst erfunden und ihren Genossen empfohlen hat. (Beifall.) Wir Ärzte kämpfen nicht gegen die Krankenkassen und die Berichterstatter, aber wir führen einen erbitterten Kampf gegen die Macht der Minister, die die Krankenkassen vorwärts schieben, und das Kampfziel ist die wirtschaftliche Befreiung der Ärzte. Ich erkläre hier öffentlich und feierlich: Wir wollen mit den Krankenkassen keinen Streit, wir kämpfen vielmehr gern zusammen mit ihnen auf dem Boden der Humanität. Die Krankenkassenvorstände jedoch, die da glauben, daß die Wege zur Befestigung ihres Machtbedürfnisses geschaffen seien — mit solchen Elementen ist kein Frieden möglich, solange sie nicht den Ärzten geben, was ihnen gebührt. Die Berechtigung zu solchen stolzen Worten entnehme ich aus dem Ergebnis unseres Kampfes im letzten Jahr. Dieses stolze Gefühl soll uns jedoch nicht zum Schnupfen veranlassen, zumal da wir das Kampfziel noch nicht erreicht haben. Wir müssen unser engstes Fühlen mit der Zentrale aufrechterhalten. Ein Bruch mit den Krankenkassenvorständen darf ohne Zustimmung seitens der Leipziger Zentrale an keinem Orte eintreten, das fordert schon das Interesse unserer Kriegskasse. Endlich sei, so schloß der Redner, die Stärkung des ärztlichen Standesbewußtseins und des Zusammenschlusses notwendig, damit die Ärzte es nicht mehr nötig hätten, der Kollegenchaft in den Rücken zu fallen. Im übrigen sollte jeder Arzt stets eingedenk sein und dies durch treueste Pflichterfüllung auch während des Krankenticketstreits darthun, daß der Ärztestand vorbildlich sein solle für alle andern. Bei Wahrung solcher Grundsätze müßten selbst die Gegner am Ende erkennen, daß die Forderungen der Ärzteschaft nicht nur im Interesse dieser selbst, sondern im Interesse des Gesamtwohles lägen. (Stürmischer Beifall.)

Minister und Professoren als Helfershelfer.

Hierauf begrüßte Geheimrat Müller als Vertreter des großherzoglich medienburgischen Medizinal-Kollegiums die Teilnehmer und wünschte den Beratungen guten Erfolg. Geheimrat Regierungsrat Aschenborn-Berlin begrüßte die versammelten Ärzte als Kollegen im Auftrage des preussischen Kultusministers Dr. Stubi, der den Wunsch habe, daß die Verhandlungen und Beschlüsse des deutschen Ärzteskongresses den deutschen Ärztestand ein gutes Bild fördern und voran bringen möchten. Der Minister lege Wert auf ein gutes Verhältnis zwischen seinem Ministerium und dem Deutschen Ärztevereinsbunde. (Beifall.) Deshalb habe er ihn hergesandt. (Zurufe: Dann muß er uns auch helfen. Beifall.) Nachdem dann noch der Universitätsdirektor die Veranstaltung in Kassel willkommen geheißen hatte, nahm Professor Dr. Martius das Wort, um die Gäste namens der medizinischen Fakultät der Kesseler Universität zu begrüßen. Sie, meine Herren, stehen heute mitten im Kampf und wir, die Vertreter der medizinischen Unterrichtsbehörden an den deutschen Hochschulen, haben herzlichste Sympathien für Sie, wenngleich wir auch nicht direkt eingreifen können, aber die feierliche Erklärung gebe ich Ihnen hiermit ab: Wir denken, fühlen, empfinden und wollen mit Ihnen! (Beifall.)

Die „Selbsthilfe“ der Ärzte.

Nach einem geschäftlichen Bericht des Generalsekretärs folgte der Bericht der Kommission über die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen und die Entwicklung der Selbsthilfe. Die Referenten Dr. Meyer-Fürth, Dr. Pfeiffer und Dr. Hartmann-Leipzig legten dazu eine Anzahl Leitsätze vor, aus denen folgendes hervor-

gehoben sei: Der Abschluß von Schutz- und Trugbündnissen und der Beitritt zum Leipziger Verband sind die Hauptfaktoren der Organisation. Der 32. deutsche Ärzteskongress erklärt, daß er an den Beschlüssen und Forderungen des vergangenen Ärzteskongresses in Kassel unerschütterlich festhält; daß er eine gesetzliche Regelung der Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen für notwendig hält, unbeschadet des im Krankenversicherungsgesetz durchgeführten Grundsatzes der Selbstverwaltung der Kassen; daß die Organisation der Selbsthilfe überall unverzüglich weiter ausgebaut und vollendet werden muß.

Der erste Referent Dr. Meyer-Fürth legt an der Hand von 180 teilweise sehr umfangreichen Berichten aus ärztlichen Vereinen über die Organisation der Selbsthilfe gegenüber den Krankenkassen dar, daß der Zusammenschluß im Augenblick noch nicht überall durchgeführt sei, um die weiteren Forderungen der deutschen Ärzteschaft, vor allem die freie Arztwahl, durchzuführen. Ueber die Frage, wie die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen im allgemeinen zu regeln sei, und über die Schutz- und Trugbündnisse seien die Meinungen noch sehr weit auseinander; wohl aber gehe aus den einzelnen Berichten deutlich hervor, daß die Einführung der freien Arztwahl bei den Kassen der großen Industriestädte ohne weiteres möglich und durchführbar sei, daß die freie Arztwahl auch bei den Staatskassen mit gewissen Einschränkungen sich einrichten lasse und daß ihre Einführung sehr schwer halte bei den Kassen auf dem platten Lande, da sie dort erkauft werden müsse durch eine materielle Einbuße der Ärzte und der Kasse. Die Hauptsache werde immer die Selbsthilfe sein. Man dürfe an die Regierung nur herantreten, wenn man selbst einig, stark und mächtig sei. (Beifall.)

Der zweite Referent Dr. Pfeiffer vertritt sich speziell über die Arbeitslosen-Versicherung der Ärzteschaft, deren Durchführung er als dringende Notwendigkeit bezieht, dabei jedoch bemerkt, daß sie nur auf dem Wege der Freiwilligkeit zu erreichen sei. (Beifall.)

Reberbrillen!

Danach begann die sehr ausgedehnte Debatte über die Krankenkassenfrage. Die politische Seite der Sache streifte sehr scharf Dr. Kerberger-Frankfurt a. M. Er äußerte u. a.: Daß die meisten Kassenvorstände Sozialdemokraten sind, liegt eben an unsern ganzen politischen Verhältnissen; wahrscheinlich würden die Anwesenden, wenn sie statt Ärzte Arbeiter wären, auch Sozialdemokraten sein. (Stürmische Unruhe und entrüstete Zurufe: Schluß! Rauss! Pfui!) Der Redner kann nicht weiter sprechen und muß abtreten.

Dr. Formann-Weipzig schildert, wie die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ die beherrschend eingeführte freie Arztwahl zu umgehen suchen, indem sie eine ärztliche Boykottliste aufstellen, auf der neben den Streikbrechern nur 60 von den 250 Leipziger Ärzten empfohlen werden.

Geheimer Sanitätsrat Wecher: Die Forderung auf freie Arztwahl sei durchaus kein Uebing, wie sie von manchen Seiten heute noch hingestellt werde; sie sei durchzuführen und in Berlin habe man sie bereits durchgeführt. (Zurufe: Aber unter welchen Schwierigkeiten!) Wir Ärzte wollen nicht Politik treiben; wir wollen nicht vergessen, daß die Kassenvorstände vielfach Sozialdemokraten, in vielen Fällen aber auch Nationalliberale sind. (Beifall.)

Munter-Berlin: Nicht nur die Sozialdemokraten allein seien es, die gegen die freie Arztwahl wütheten, er erwähnte eine ganze Reihe freisinniger Arbeiter, die daselbe täten, andererseits sei es auch Tatsache, daß von den Berliner Sozialdemokraten eine ganze Reihe für die freie Arztwahl seien; auch Vollmar's Ansicht zu dieser Frage sei ja bekannt. In Berlin würde es sich schon in den nächsten Tagen entscheiden, ob einige hunderttausend Arbeiter neuerdings wieder monopolistischen Ärzten ausgeliefert werden sollten.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten begannen die Spezialdebatten. Insgesamt gingen über 20 Abänderungsanträge ein. Bei der Abstimmung wurden die Leitsätze der Referenten mit einer vom Kreise Düsseldorf beantragten Einschaltung angenommen.

Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Ein Berichterstatter wird hinausgeworfen.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einer niedlichen Szene, die die toleranten honorigen Ärzte kennzeichnete. Einer der Berichterstatter, Friedländer-Berlin, hatte in dem von ihm den Zeitungen gelieferten Bericht den Referenten Meyer-Fürth sagen lassen: „Ich kann nicht umhin auszusprechen, daß das Vorgehen der Leipziger Kollegen ein unwürdiges war.“ Diese Worte sollen nicht ganz richtig wiedergegeben sein, wie der Geschäftsausschuß des Ärztebundes feststellen für nötig befand. Und was geschah darob? Der Journalist Friedländer wurde auf Beschluß und unter tosenden Lärmrufen der Ärzte aus dem Saale gewiesen!

Die Berichterstatter sind den Ärzten überhaupt zuwider. Als einzige von ihnen am Donnerstag sich aus Versehen in die geschlossene Versammlung des wirtschaftlichen Trugverbandes verirrt, erschallte zugleich die lebenswürdigen Rufe: Schmeiß die Kerle raus!

Das Kali-Syndikat.

Für das Kali-Syndikat ist der 27. Juni ein kritischer Tag erster Ordnung, und alle Welt, soweit sie nur einigermaßen am Kali-Syndikat interessiert ist, erwartet mit Spannung diesen Tag und die Entscheidung, die er bringen wird. An diesem Tage wird in einer Versammlung der Kaliverke der letzte Einigungsversuch gemacht werden. Scheitert auch dieser, dann hat vom 1. Juli ab jedes Werk das Recht, selbständig Lieferungsverträge für die Zeit nach dem 31. Dezember abzuschließen. Damit beginnt der vernichtende Konkurrenzkampf, unter dem die Eigentümer der Werke noch mehr zu leiden haben werden als die Arbeiter. Wir wiederholen, daß von manchen Interessenten dieser Kampf gewünscht wird, um die schwächeren Werke niederzukonkurrieren und nachher desto größeren Profit einzustrecken. Wir wiederholen ferner, daß der Konkurrenzkampf nicht von den einzelnen Werken geführt werden wird, sondern daß man sich zu Gruppen zusammenschließen wird, um mit größeren Kräften auf den Plan treten zu können. Es wird ein fürchterliches Ringen werden, und in der bürgerlichen Presse begnügen wir in dieser Hinsicht lebhaften Befürchtungen und händelnden Beschuldigungen, den Kampf nicht zu beginnen, sondern sich zu vertrauen und lieber mit geringerem Absatz und weniger Profit sich zu begnügen, als die mit schlagende Stuh zu opfern, die immerhin noch alle Teile reichlich ernährt.

In der Tat scheint es dem Unerwarteten nicht so schwierig, eine Einigung herbeizuführen. Der Kampf dreht sich bekanntlich um die Höhe der Beteiligungsziffer, die nach Tausendstel der Gesamtproduktion den einzelnen Werken zugeteilt wird. Da schwant der Anspruch und das Zugeständnis denn doch nur um wenige Tausendstel. Man erinnert sich, daß die Veranlagung der Einigungskommission auf energischen Widerstand bei den jüngeren Werken gestoßen ist. Sie verlangten eine höhere Beteiligungsziffer als sie von der Kommission festgesetzt war. Man einigte sich auf eine Vermittlungskommission, die den älteren Werken etwas abstrich und den jüngeren etwas zulegte. Einig war man auch darin, daß bis zum Jahre 1905 die Beteiligungsziffer der älteren Werke allmählich etwas ermäßigt, diejenige der jüngeren Werke etwas erhöht werden sollte. Aus der Veranlagung dieser Vermittlungskommission teilen wir einige Zahlen mit, indem wir die für 1905 veranlagte Beteiligungsziffer in Klammern daneben setzen. Die Zahlen selbst sind als Tausendstel der Gesamtproduktion aufzufassen. Fiskus Staßfurt mit Weichherode 81,92 (70,40), Unhalt 65,28 (58,99), Neu-Staßfurt 54,27 (50,61), Ludwig 2. 82,80 (81,71), Wschersleben 54,27 (50,61), Westeregeln 54,27 (50,61), Gerchinta 4,27 (50,61), Solbah 54,27 (50,61), Thiede 54,27 (50,61), Wilhelmshall 44,46 (44,46), Jessenitz 28,07 (29,36), Kaiseroda 28,12 (29,54), Einigkeit 25,44 (26,32), Hohenfels 31,98 (33,42), Johanneshall 20,58 (22,38) usw.

Die Gruppe der mittleren Werke beansprucht demgegenüber folgende Veranlagung: Fiskus Staßfurt mit Weichherode 84 (80), Unhalt 64 (58,5), Neu-Staßfurt 50 (50), Ludwig 2. 30 (30), Wschersleben 54 (50), Westeregeln 54 (50), Gerchinta 54 (50), Solbah 54 (50), Thiede 22 (23), Wilhelmshall 54 (50), Jessenitz 26 (29), Kaiseroda 26 (29), Einigkeit 20 (28), Hohenfels 32 (32), Johanneshall 20 (23).

Ein dritte Gruppe hatte noch eine andre Veranlagung vorgebracht. Die Werke Neu-Staßfurt, Wschersleben, Westeregeln, Solbah erklärten je nach, daß sie mit weiteren Abstrichen der Vermittlungskommission sie sehr bei ihnen vorgekommenen auf keinen Fall einverstanden sein würden, und da wiederum der jüngeren Werke die Veranlagung dieser Kommission nicht akzeptierten, so waren die Verhandlungen als endgültig gescheitert zu betrachten. Man gibt indes eine so lukrative Einrichtung wie das Kali-Syndikat nicht leichtem Herzens auf, und nachdem in diesen fortgesetzte private Verhandlungen geführt worden sind, wird am 27. Juni nochmals der Versuch gemacht werden, zu einer Einigung zu gelangen. Das ist durchaus nicht unwahrscheinlich, weil, wie die angegebenen Zahlen dartun, die Differenzen nicht besonders große sind und die Auflösung des Syndikats einen enormen Rückschlag für die gesamte Kali-Industrie bedeuten würde, den sie erst nach vielen Jahren — und auch dann nur mit Hilfe eines neuen Syndikats — ausgleichen könnte, und weil der Konkurrenzkampf eine Reihe von Werken und ihre Aktien in enormem Maße entwerten würde.

Das Syndikat erreicht nicht nur die Zwecke guter Preise, ziemlich stetiger Produktion, Ausschaltung jeder Konkurrenz und Verminderung der Spesen, es hat vielmehr durch seine Propaganda-Abteilung den Konsum und damit die Produktion außerordentlich zu heben gewußt. Zwar gibt es dafür jährlich circa 1 1/2 Millionen Mark aus, aber die Erfolge sind in die Augen springend. Der Verbrauch an Kalisalzen in der Industrie nimmt nur — das ist naturgemäß — mäßig zu. Aber der Verbrauch zu landwirtschaftlichen Zwecken ist riesenhaft gewachsen und seine weitere Ausdehnung ist praktisch unbegrenzt. Sie kann aber nur erreicht werden durch intensive Propaganda, wie allein die konzentrierte Kraft des Syndikats sie auszuüben vermag. Gilt dieses auf zu bestehen, so wird nicht allein voraussichtlich die Zunahme des landwirtschaftlichen Verbrauchs ebenfalls aufhören, sondern dieser wird sogar einen absoluten Rückgang erfahren, der sich wohl nicht durch ruinöse billige Preise wird ausgleichen lassen.

Man darf nicht außer acht lassen, daß die Preise für die im Inland zum Verbrauch kommenden Düngepreise nicht besonders hohe sind. Entgegengekehrt andern Syndikaten betrauert das Kali-Syndikat nach dem Ausland teurer als nach dem Inland. Diese überraschende Tatsache ist den Agrariern zu danken. Vermöge ihres Einflusses auf die preussische Regierung durfte der Fiskus sich nur an dem Syndikat beteiligen, wenn dieses die Inlandspreise auf einer gewissen niedrigen Stufe hielt. Dem preussischen Handelsminister sind in dieser Beziehung durch den Syndikatvertrag erhebliche Rechte eingeräumt.

Eine erhebliche Herabdrückung der inländischen Düngepreise würde auf eine Reihe von Werken ruimselig wirken. Sie würden bald aus der Reihe der Konkurrenten verschwinden zum großen Schaden heutiger Kali-Großaktionäre und die Bahn für ein neues Syndikat wäre freigemacht. Man darf nicht vergessen, daß schon zum Beginn der Kali-Industrie der heftige Konkurrenzkampf zum wirtschaftlichen Ruin einzelner, dann zur Bildung von Preisconventionen und in weiterer folgerichtiger Entwicklung zum jetzigen Syndikat geführt hat. Wenn nun auch durch die in den letzten Jahren eingetretene Vermehrung der Kaliverke bis zur Zahl 28 die Einigung schwieriger herzustellen ist als bei den früheren 10 Werken, so würde doch die Einführung der freien Konkurrenz, wenn sie auch von ganzen Gruppen gegeneinander ausgeübt wird, nur den Kreislauf des Dinges wieder entstehen lassen, um zuletzt doch in einem neuen Syndikat zu endigen. Inzwischen könnten viele Werke wertlos, viele Vermögen vernichtet, das Auslandsgeschäft, d. h. also das eigentlich lukrative an der ganzen Sache, ganz erheblich geschädigt sein. Schon haben die Amerikaner ein der deutschen Kaliverke in ihren Besitz gebracht. Sie werden die Spaltung benutzen, um dem deutschen Kapital das ganze, so bedeutende amerikanische Geschäft in Düngepreis zu entreißen, und zitternd und bebend mahnen deshalb die kapitalistischen Federn zur Einigkeit. Sie sehen schon beim Zusammenbruch des Syndikats Anzeichen auf Kalisalze gelegt und befürchten sogar Verstaatlichung des ganzen Kalibergbaus, was nach unserer Ansicht allerdings nicht ein so großes Uebel wäre.

Der Arbeiter in der Kali-Industrie kann kein Interesse haben an dem wahnwitzigen Konkurrenzkampf mit seinen unaußbleiblichen Folgen von Preisverfall und vermehrter Syndikalisierung, ewigem Wechsel von fieberhafter Tätigkeit und vollständiger Pflanz, verbunden mit Arbeiterentlassungen, am Zusammenbruch einzelner Werke und Wollloswerden großer Massen, ja Ruin ganzer, eben erst aufgeblühter Ortschaften. Die Preispolitik des Kali-Syndikats verteuert dem Arbeiter nicht seine Bedarfsartikel, aber das Syndikat sichert ihm eine gewisse Stetigkeit in der Beschäftigung und bezugt noch größerem Lohndruck vor. Deshalb muß er ein Interesse am Weiterbestehen dieses Syndikats haben.

und in die passende Rubrik verwies. Sobald aber der Meister beim ersten flüchtigen Blättern in einem Manuskript auch nur eine Spur von Eigenart, von ernstem Suchen nach neuen Ausdrucksformen oder ein sicheres Beherrschen überkommener fester Kunstformen bemerkte, da verweilte er und prüfte bedächtig. Er setzte sich selbst an den Flügel und spielte die oft schwer lesbaren und verwirrendsten Partituren so glatt herunter wie irgend einen sauber gedruckten Klaviersatz. Oft forderte er Florian auf, eine solche Partitur vierhändig mit ihm zu spielen. Das machte ihm anfangs große Schwierigkeiten, und er war froh, wenn er nur den Bass richtig brachte und die herbortretenden Stimmen herausfand. Aber durch die Unterweisung des Meisters lernte er viel und schnell. Wenn Florian entlassen war, arbeitete der Meister einige Stunden allein, bis um die elfte oder zwölfte Stunde. Dann machte er empfang er Besuche und dann speiste er; meist bei einer seiner alten Freundinnen oder auch bei Hofe, seltener allein. Zu diesen Mahlzeiten daheim wurde meist auch der eine oder andre der bevorzugten Schüler aufgefordert, ebenso zum Spaziergang, den Liszt gegen Abend zu machen pflegte, wenn sich der „Schwärm“ verlaufen hatte. Die Abendgesellschaften, die der Meister auch ziemlich häufig gab, hatten mehr den Charakter von Konzerten. Es wurden dazu viele Laien eingeladen, besonders Herrschaften aus der Hofgesellschaft. Der Großherzog selbst war fast ein ständiger Gast bei diesen Veranstaltungen, ebenso wie auch seine Töchter, die Prinzessin Neuf und die damals noch unvermählte Prinzessin Elisabeth. Ging der Meister abends nicht in Gesellschaft oder sah er nicht selbst Gäste bei sich, so benützte er den Abend zu schöpferischer Tätigkeit oder zur Lektüre. Um elf Uhr, manchmal auch noch später, ging er zur Ruhe.

Am glücklichsten war Florian, wenn er in den herrlichen Morgenstunden die Rede auf des Meisters eigne Werke bringen konnte und dieser sich dazu herbeiließ, sie am Klavier mit ihm durchzugehen. Die großen Chor- und Orchesterwerke Franz Liszts waren damals noch weit mehr als heute mit scheuem Mißtrauen betrachtete Fremdlinge in der musikalischen Welt. Die passende Gestaltungskraft, die dramatische Macht Richard Wagners hatte längst schon das Zetergeschrei der musikalischen Populäre zum Schweigen gebracht und den allergrößten Teil des Publikums mit sich

fortgerissen. Das „Kunstwerk der Zukunft“ war tatsächlich bereits das Ideal der Gegenwart geworden, und dennoch hatte Liszt mit seinen symphonischen Dichtungen und großen Chorwerken, die doch aus demselben Geiste heraus wie Wagners Tondramen geboren waren, im Jahre 1880 noch immer gegen die Allseitigkeit der Konzertdirigenten, die Besinnlichkeit der zünftlerischen Kritik und die Verstandnislosigkeit des Publikums zu kämpfen, wie Wagner bis in die sechziger Jahre hinein zu kämpfen gehabt hatte. Es war vielleicht der einzige Schmerz, den den heiteren Lebensabend des glücklichsten Künstlers unsres Jahrhunderts trübte, die einzige bittere Erfahrung, die dies überaus gültige und vergehende Herz selbst zuweilen mit schmerzlichem Groll erfüllen konnte. Selbstlos war er beiseite getreten, als das rücksichtslos männlich geartete Genie Wagners freie Bahn für sein Schaffen erheischte. Er hatte mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit dem von ihm selbst als der Größere anerkannten die Wege ebnet helfen, er hatte durch Wort und Schrift aufklärend gewirkt, durch Geldopfer und unablässige persönliche Bemühungen den mit der Not kämpfenden Verbannten über Wasser gehalten — nun war jener glorreiche Sieger geblieben, während er selbst, der auch mit seinem Schaffen Vorkämpfer des Gewöhnlichen gewesen war, sich von der Allgemeinheit immer noch nur als der genialste Klavierspieler des Jahrhunderts, nicht aber auch als ein Tondichter von einzigartiger Bedeutung, als kraftvoller Neutöner und Pfadfinder anerkannt war. Sobald er daher bemerkte, daß dieser unscheinbare Florian Wahr mit seiner rührenden Verehrung nicht nur vor dem Klavierheros, sondern weit mehr noch vor dem Komponisten kniete, wuchs die Teilnahme, die er diesem bescheidenen jungen Mann entgegenbrachte, zu einer ersten väterlichen Zuneigung heran, die ihre Nahrung aus der Hoffnung sog, in ihm sich einen verständnisvollen Dolmetsch seiner großen, unverständenen Werke, einen treuen Bewahrer seines geistigen Erbes heranziehen zu können. So entwickelte sich denn in diesen fruchtbaren Morgenstunden aus dem Wärentlicher Organistensohn ein echter Lisztbittigent.

Und noch eine andre höchst wertvolle Eigenschaft entdeckte der Meister bald genug an seinem Schüler: seinen zornmühtigen Eifer gegen die zudringlichen Schmarozker, den bloß neugierigen Böbel, der sich überall an den berühmten

Zum Quartalswechsel

ersuchen wir unsere Leser um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, unsere Freunde um Werbung neuer Abonnenten.

Die Magdeburger „Volksstimme“

kostet vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 80 Pfennig bei freier Zustellung ins Haus. Alle Zeitungsträger, Briefträger und Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Wie bisher werden wir auch in Zukunft bestrebt sein, die Wünsche, die aus unserm Leserkreis an uns herantreten, nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Unsern Lesern in der Provinz

wird die Nachricht willkommen sein, daß wir uns in Befolgung dieses Grundgesetzes entschlossen haben, von nun ab aus allen Orten, in denen wir eine größere Zahl Leser haben, die amtlichen Nachrichten des allgemeinen Interesses regelmäßig und rechtzeitig zu veröffentlichen. Unsere Korrespondenten bitten wir, dies zu beachten, unsere Freunde und Parteigenossen aber mögen die Ankündigung benutzen, um den Leserkreis der „Volksstimme“ zu vergrößern.

Provinz und Umgegend.

Behendorf, 28. Juni. (Gemeindevertreterversammlung) Am Dienstag den 28. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Gastwirts M. Kästner eine Gemeindevertreterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Annahme der Gemeindevorrechnung. 2. Ob die Bauplanzung der Kreisstraßen an den Kreis abgetreten werden soll. 3. Antrag des Gastwirts E. Krause: den Weg von Behendorf nach der Weipzigerstraße („Engel“) mit Bäumen zu bepflanzen. 4. Antrag der früheren Bedame Frau Richter um eine laufende monatliche Unterstützung. 5. Beschlußfassung über ein Ortsstatut zur Erhebung einer Gemeindesteuer bei der Erwerbung von Grundstücken. 6. Ob zum nächsten Winter die ersten Straßenlaternen anzubringen sollen. 7. Reinigung des Sülzgrabens.

Burg, 25. Juni. (Berichtigung zum Kartellbericht) Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells ersucht uns, den letzten Bericht über die Sitzung des Gewerkschaftskartells zu berichtigen: 1. Nicht der Barbierher Uebe unterjagte seinem Gehilfen die Zugehörigkeit zur Organisation, vielmehr weigerte sich der Gehilfe, der Organisation beizutreten. — 2. Holzarbeiter und Maurer erklärten sich nicht gegen die Abhaltung des Gewerkschaftsfestes. Sie betonten nur, daß am Sonnabend vor und am Sonnabend nach dem Gewerkschaftsfest von

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Musikanten-Roman.

Dem Andenken Franz Liszts gewidmet von Ernst v. Wolzogen.

(35. Fortsetzung.)

Rehntes Kapitel.

Der Sündenfall.

Das war ein reicher, gefegneter Frühling für unsern Florian. Jeder Tag, den er hier in der kleinen Musikstadt, in die Machtphäre des Genius gebannt, verleben durfte, bot ihm so viel Nahrung für Herz und Geist, so viel Förderung für sein künstlerisches Streben, wie sonst Monate und Jahre nicht. Die Morgenstunden, die er meist ganz allein bei Liszt zubrachte, waren ihm die allerliebsten. Mit staunender Bewunderung lernte er die außerordentliche Arbeitskraft, die unermüdbare Pflichttreue und wunderbare Geistesfrische des greisen Meisters kennen. Wenn Florian um acht Uhr bei ihm antrat, so war Liszt schon mindestens drei Stunden lang aufgewesen; manchmal erhob er sich gar schon um vier. Dann ging er in die Frühmesse, las in seinem Brevier und versenkte sich im tiefen Frieden des Frühlingmorgens in den Gedankenkreis der Arbeit, die ihn gerade beschäftigte. Nach dem Frühstück ging er die Morgenpost durch, und wenn dann Florian kam, so hatte er diese reichliche Postbescherung meist schon gesichtet. Der Sekretär bekam eine Anzahl Briefe zu erledigen, die mehr intimen behielt er zur eignen Beantwortung zurück, und Florians Aufgabe war es hauptsächlich, die musikalischen Manuskripte oder auch gedruckten Notensendungen, die fast täglich in Fülle anlangten, prüfen zu helfen und alsdann den Absendern darüber zu schreiben. Liszt hielt es für seine Pflicht, die ihm seine Stellung als erster Klaviervirtuose der Gegenwart und besonders als Vorkämpfer der neuen Richtung in der Musik auferlegte, alle Einsendungen gewissenhaft zu prüfen, und er widmete der Erfüllung dieser wahrlich nicht leichten Pflicht tagtäglich mehrere Stunden. Mit oberflächlicher Tagesware, die nur Erzeugnis handwerksmäßiger Fertigkeit war, hielt er sich natürlich nicht lange auf. Vergleichen wurde mit einem Scherz abgetan

...und ...

...und ...

ein bis zehn Frank Hunderttausende im Jahr einbrachte. Der Superior, der Vater Theodosius mit dem schönen Apostelkopf, von dem alle seine weiblichen Weichtinder schwärmten, hatte sich als ein genialer Erfinder und Organisator erwiesen. Wie er mit Stolz von sich sagte, hatte er das demokratische Wunder erfunden und eingerichtet, das häusliche und alltägliche Wunder, das auch den kleinsten Börsen erreichbar war. Anfangs hatte sich in der Kapelle nur eine ziemlich bescheidene Statue des heiligen Antonius befunden, und der Heilige hatte sich mit nicht mehr besaßt, als verlorene Gegenstände wiederfinden zu helfen, seine sehr alte Spezialität. Nach einigen kleinen Erfolgen, die den Geldzufluß vermehrten, war es sodann die geniale Idee des Vaters Theodosius gewesen, das Wundergebiet des Heiligen zu erweitern und ihn in den Dienst aller Bedürfnisse, aller Wünsche der immer mehr anwachsenden Kundenschaft zu stellen. Unheilbare, von den Ärzten aufgegebenen Kranke, oder auch nur leicht Erkrankte, die an einer Kolik oder einer Migräne litten; in Wehrlosigkeit geratene kleine Kaufleute, die das Geld für ihre Fälligkeiten nicht bekommen hatten und nicht wußten, wie sie entwertete Waren loswerden sollten; Spekulant, die in irgend ein fragwürdiges Unternehmen verwickelt und in Gefahr waren, ihr Geld und ihre Freiheit dabei zu verlieren; mit zahlreicher Familie bedachte Mütter, die keine Möglichkeit sahen, für uneheliche Töchter ohne Wittigst Männer zu finden; arge Pfaffen gelesene arme Teufel, die sich vergeblich die Hilfe nach einer Anstellung wundgelassen hatten und nur noch von einem Wunder das Glück eines Brotberdienstes erwarteten; Erben, die über ihre Beliebigkeit bei einem sterbenden Großvater nicht ganz beruhigt waren und den lieben Gott auf ihre Seite bringen wollten, um im Testament bedacht zu werden; faule Säuer, beschränkte Schüler, schlechte Schüler, die sicher waren, die Prüfungen nicht bestehen zu können, wenn der Himmel ihnen nicht zu Hilfe kam: alle die unglücklichen Menschen, die keine Willenskraft haben und keiner Anstrengung fähig sind, und die von einer höheren Macht das Unmögliche, den unbedingten Erfolg, unabhängig von den Bedingungen der Arbeit und der gefunden Vernunft erwarten, konnten sich an den Heiligen wenden, ihm ihre Sache anvertrauen, ihn als allmächtigen Vermittler bei Gott in Anspruch nehmen, mit sechs Wahrscheinlichkeiten gegen vier, daß sie Erfolg hatten, wie die Statistik ausgerechnet hatte. Und nun nahm das Geschäft einen gewaltigen Aufschwung, die alte Statue des Heiligen wurde durch eine größere und reicher vergoldete ersetzt, überall wurden Opferstöcke aufgestellt, Opferstöcke neuer Art, mit zwei Abteilungen, eine für das Geld, eine für die Briefe an den Heiligen, die den Gegenstand der Bitte enthielten. Natürlich konnte man auch nicht zahlen; aber man hatte bemerkt, daß der Heilige nur diejenigen erhörte, die eine, wenn auch noch so kleine Spende gaben; und so hatte sich denn allmählich eine Art Larji nach der Erfahrung herausgebildet, wie Vater Theodosius bestätigte: ein bis zwei Frank für die kleinen Gnaden.

...und ...

